

Hotspots in Griechenland: Vorbote der neuen EU-Migrationspolitik?

Veranstaltung zur Situation im Flüchtlingslager Moria und der Verfolgung von Helfer*innen in der Ägäis



Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union setzt auf Abschreckung und Abschottung. Zur Festung Europa gehören sogenannte Hotspots in Italien und Griechenland, wo Asylverfahren im Eilverfahren abgeschlossen werden. Daran ist auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beteiligt. Können Betroffene keinen Schutz geltend machen, sollen sie mithilfe des EU-Türkei-Deals abgeschoben werden. Seit 2015 überschritten mehr als 1,1 Millionen Menschen die türkisch-griechischen Seegrenzen. Allein auf den Inseln in der Ostägäis sollen sich 18.400 Geflüchtete befinden. Ihre Unterbringung und Versorgung bleibt katastrophal. Auch Helfer*innen werden kriminalisiert. Mit der Festnahme von Seán Binder, Sarahardini, Nassos Karakitsos erhielt diese Repression internationale Aufmerksamkeit.

Die Hotspots könnten zum Vorbild für „kontrollierte Zentren“ werden, die in einigen EU-Mitgliedstaaten geplant sind. Dorthin würden Schutzsuchende gebracht, die auf Hoher See gerettet werden. Ist ihr Asylantrag abgelehnt, würden sie in EU-Lager abgeschoben, die in Libyen, Tunesien und Marokko entstehen sollen.

Salam Aldeen, Team Humanity, Dänemark. Stand wegen „Menschenschmuggels“ auf Lesbos vor Gericht und wurde freigesprochen.

Nina Gassmann, Mare Liberum e.V. Der Berliner Verein übernahm das Rettungsschiff „Sea-Watch 1“ und beobachtet Fluchten über die Ägäis.

Robert Nestler, Refugee Law Clinics Abroad. Die Organisation versorgt Schutzsuchende im Hotspot auf Chios mit Rechtsinformationen.

Montag, 8. Oktober, 19.30 Uhr

Galerie Vierte Welt, Adalbertstraße 4, Kreuzberg (Zugang über die Außentreppe zum Café Kotti in der Adalbertstraße 96), U-Bhf Kottbusser Tor

Veranstaltet vom Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V./ Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP

Hotspots in Griechenland: Vorbote der neuen EU-Migrationspolitik?

Veranstaltung zur Situation im Flüchtlingslager Moria und der Verfolgung von Helfer*innen in der Ägäis



Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union setzt auf Abschreckung und Abschottung. Zur Festung Europa gehören sogenannte Hotspots in Italien und Griechenland, wo Asylverfahren im Eilverfahren abgeschlossen werden. Daran ist auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beteiligt. Können Betroffene keinen Schutz geltend machen, sollen sie mithilfe des EU-Türkei-Deals abgeschoben werden. Seit 2015 überschritten mehr als 1,1 Millionen Menschen die türkisch-griechischen Seegrenzen. Allein auf den Inseln in der Ostägäis sollen sich 18.400 Geflüchtete befinden. Ihre Unterbringung und Versorgung bleibt katastrophal. Auch Helfer*innen werden kriminalisiert. Mit der Festnahme von Seán Binder, Sarahardini, Nassos Karakitsos erhielt diese Repression internationale Aufmerksamkeit.

Die Hotspots könnten zum Vorbild für „kontrollierte Zentren“ werden, die in einigen EU-Mitgliedstaaten geplant sind. Dorthin würden Schutzsuchende gebracht, die auf Hoher See gerettet werden. Ist ihr Asylantrag abgelehnt, würden sie in EU-Lager abgeschoben, die in Libyen, Tunesien und Marokko entstehen sollen.

Salam Aldeen, Team Humanity, Dänemark. Stand wegen „Menschenschmuggels“ auf Lesbos vor Gericht und wurde freigesprochen.

Nina Gassmann, Mare Liberum e.V. Der Berliner Verein übernahm das Rettungsschiff „Sea-Watch 1“ und beobachtet Fluchten über die Ägäis.

Robert Nestler, Refugee Law Clinics Abroad. Die Organisation versorgt Schutzsuchende im Hotspot auf Chios mit Rechtsinformationen.

Montag, 8. Oktober, 19.30 Uhr

Galerie Vierte Welt, Adalbertstraße 4, Kreuzberg (Zugang über die Außentreppe zum Café Kotti in der Adalbertstraße 96), U-Bhf Kottbusser Tor

Veranstaltet vom Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V./ Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP